

Wien, am Dienstag, den 18. Februar 1930

Zweite Ausgabe

Hilfe für die schwerbedrängten Provinzbühnen.

Die Theater in den Landeshauptstädten vor der Sperre.

Auf Verlangen der Städte mit eigenen Bühnen, berief der Städtebund für heute Dienstag nach Wien eine Tagung der Theaterreferenten ein. Die Konferenz, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, zeigte die traurigen Verhältnisse auf, die in den letzten Jahren bei den Provinztheatern herrschen. Die grosse Konkurrenz, die Sport, Kino und Radio diesen Bühnen bereiten, die Verarmung des Mittelstandes haben dazu geführt, dass die Städteverwaltungen immer grössere Subventionen den Theatern gewähren müssen, um einen vielfach stark eingeschränkten Betrieb aufrechterhalten zu können. So subventioniert die Stadt Graz ihr Theater mit 600.000 Schilling jährlich, hat das Operettentheater gesperrt und erwägt nun ernstlich die Sperre auch des zweiten Hauses. Es ergäbe sich dann die traurige Tatsache, dass die zweitgrösste Stadt des Bundes ohne Theater wäre. In Linz ist die Situation nicht günstiger. Land und Stadt subventionieren das Theater nach Kräften, aber die Einnahmen werden immer kleiner, während die Ausgaben ständig ansteigen. Wenn nicht rasch Hilfe kommt, dürfte das Linzer Landestheater am 15. März seine Pforten schliessen. In Innsbruck und Klagenfurt ist es nicht viel anders. Versuche durch die Bildung von Theatergemeinden haben wohl eine kleine Besserung gebracht, können aber keineswegs die Rettung bringen. Die Städte sehen den einzigen Weg aus der Not in der Gewährung einer Staatshilfe.

Unter Führung des geschäftsführenden Obmannes des Städtebundes Vizebürgermeisters Emmerling und des Sekretärs Honay sprachen nach Schluss der Beratungen die Theaterreferenten vorerst beim Bundesminister für Unterricht vor, wo insbesondere Bürgermeister Muchitsch die triste Lage des Grazer Theaters schilderte und dem Minister mitteilte, dass im kommenden Spieljahr die meisten Provinzbühnen gesperrt werden müssten, wenn nicht die Regierung die schon seit Jahren geforderte Bundessubvention bewillige. Bundesminister Srbik erklärte, dass er vollstes Verständnis für die grosse kulturelle Bedeutung der Provinztheater besitze und mit aller Energie die Forderung nach Gewährung einer Bundeshilfe im Ministerrat unterstützen werde.

Die Abordnung begab sich sodann in das Finanzministerium, wo sie in Vertretung des Bundesfinanzministers von Ministerialdirektor Dr. Grimm empfangen wurde. Ausführlich berichteten die Theaterreferenten über die unhaltbare Lage der Provinzbühnen. Sie stellten an das Finanzministerium das Verlangen, in den Bundesvoranschlag für das Jahr 1931 einen Betrag von 700.000 Schilling als Subvention für die Provinzbühnen einzusetzen. Es wurde darauf verwiesen, dass der Bund mit Recht grosse Aufwendungen für die Staatstheater mache, weil sie eine grosse kulturelle Aktivpost sind, doch dürfe die Regierung auch die Kulturinstitute in den Landeshauptstädten nicht verkümmern lassen, die nun aus eigener Kraft nicht mehr bestehen können. Bis jetzt ist die Regierung den Provinztheatern teilnahmslos gegenübergestanden, ja, das Finanzministerium hat beispielsweise vor wenigen Wochen das Warenumsatzsteuer-Pauschalübereinkommen mit dem Grazer Stadttheater aufgehoben und rückwirkend auf einige Jahre eine erhöhte Steuer vorgeschrieben. Bundesminister a. D. Ministerialdirektor Dr. Grimm verwies in seiner Antwort auf gewisse Weiterungen, die eine Bundessubvention für die Provinztheater haben dürften; die Regierung werde jedoch diese wichtige Frage noch vor der Aufstellung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 prüfen.

Die Theaterreferenten werden in kürzester Zeit abermals eine Sitzung abhalten, um zu der Frage der Erneuerung der Verträge für das Spieljahr 1930/31 Stellung zu nehmen.